



Berner Regierung sträubt sich gegen Transparenz

Corona-Hilfe Der Berner Regierungsrat gewährte A-fonds-perdu-Beiträge von 23,5 Millionen Franken.

Die Sache mit der Transparenz ist ein ständiger Zankapfel in der Politik. Die Frage der Transparenz steht auch im Zentrum einer Motion, mit der sich der Regierungsrat bei seiner letzten Sitzung beschäftigte. Als der Corona-Lockdown im Frühling weite Teile der Wirtschaft lahmlegte, drohten auch viele laufende Forschungs- und Entwicklungsprojekte von Unternehmen gestoppt zu werden. Bei manchen Berner Start-ups war wegen Liquiditätseingpässen gar die weitere Existenz infrage gestellt.

Von der Forschung und Entwicklung hängt aber bekanntlich das Wirtschaftswachstum von morgen ab. In einer Notverordnung beschloss das Gremium Anfang April deshalb, dass die kantonale Standortförderung A-fonds-perdu-Beiträge an «innovationsgetriebene KMU» auszahlen kann. Im Gegensatz zu den Corona-Notkrediten des Bundes müssen diese Gelder gar nie zurückgezahlt werden.

Wie der Regierungsrat nun mitteilt, profitierten in den Monaten April und Mai rund 400 Unternehmen von diesen kantonalen «Corona-Geschenken». Ihnen wurden insgesamt Beiträge von 23,5 Millionen Franken ausbezahlt. Durch die Gelder hätten gut 1500 Schlüsselpersonen aus dem Bereich Forschung und Entwicklung weiterarbeiten können und seien damit nicht an die Kurzarbeit verloren gegangen.

«Geschütztes Interesse an Diskretion»

Ob die Sondermassnahme wirklich sinn- und zweckmässig war, will der Regierungsrat in den kommenden Monaten von einer externen Expertengruppe prüfen lassen. Dieser Bericht soll anschliessend der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates vorgelegt werden. Damit hat es sich aber bereits mit der Transparenz über diese A-fonds-perdu-Beiträge.

Die Motion der Grossrätinnen Andrea Rüfenacht (SP, Burgdorf) und Ursula Marti (SP, Bern), die mehr Transparenz über die Zahlungen forderte, lehnt der Regierungsrat ab. Wenn er die rund 400 Unternehmen nennen würde, liesse dies unter Umständen Rückschlüsse auf deren Geschäftstätigkeit zu, schreibt die Regierung. Diese Firmen hätten ein rechtlich geschütztes Interesse an Diskretion.

Es ist nicht das erste Mal, dass der Regierungsrat sich gegen mehr Transparenz bei der Wirtschaftsförderung querstellt. Vor zwei Jahren wehrte er sich gegen eine Motion, in der Natalie Imboden (Grüne, Bern) forderte, dass der Kanton jährlich darlegen soll, welchen Firmen er Förderbeiträge und Steuererlasse gewährt. Damit sollte etwa eine allfällige «Vetterliwirtschaft» verhindert werden. Die Vorlage scheiterte im Grossen Rat am bürgerlichen Machtblock von BDP, FDP und SVP.

Ob das Parlament auch bei den Corona-Hilfen der Regierung folgt, wird sich noch zeigen. Die Motion dürfte in einer der kommenden Sessionen beraten werden.

Quentin Schlapbach